

„Damit das Oderbruch Heimat bleibt“

Dr. Dietmar Barkusky
Abgeordneter des Kreistages Märkisch Oderland
Fraktion Die Linke

Das Oderbruch ist eine seit über 300 Jahren geprägte Kulturlandschaft. Die Menschen in diesem Landstrich leben gern dort, auch im Wissen, dass mögliche Hochwasser Gefahren in sich bergen. Seit dem letzten Jahr bewegt sie und viele Menschen Brandenburgs das Binnenhochwasser. „Hier ist keine Heimat mehr“ wird Herr Schütz aus Golzow in einem am 21. Januar 2012 erschienenen Artikel der MOZ zitiert. Seine Sorgen sind sehr gut nachvollziehbar und sein erklärter Wille, sich als stellvertretender Vorsitzender des CDU-Verbandes Oderbruch für die Lösung der durch das Binnenhochwasser entstandenen Probleme einzusetzen, hoch zu schätzen.

Es stand zunächst in der Tat die berechnete Frage nach den Ursachen des Binnenhochwassers. Ein unabhängiges Gutachten, das der Kreisbauernverband Märkisch Oderland bei einem sächsischen Ingenieurbüro in Auftrag gab, scheint nun, wissenschaftlich fundiert und somit scheinbar unanfechtbar, zu bestätigen, „dass die Landesregierung zu Unrecht behauptet, dass hohe Grundwasserstände und starke Niederschläge das Binnenhochwasser verursachten“. Wer das Gutachten der Hydrologen aufmerksam und mit Sachverstand gelesen hat, wird feststellen, dass gerade diese vermeintliche Behauptung eine Kernaussage des unabhängigen Gutachtens ist. Die Ursachen für die hohen Grundwasserstände in den Vorflutern, insbesondere erster Ordnung, werden ausführlich beschrieben. Sie waren schon lange vor der rot-roten Regierung in Brandenburg bekannt. Im Gutachten zitierte Quellen, insbesondere die des zuständigen Landesumweltamtes und Studien, die in deren Auftrag gefertigt wurden, bestätigen diese Feststellung. Der CDU, die lange Zeit, nach dem Hochwasser 1997, in Regierungsverantwortung war, sollte dies nicht entgangen sein.

Skepsis gegenüber der Politik ist verständlich, was sich allgemein in Politikverdrossenheit der Bürger äußert. Doch in Bezug auf die Situation im Oderbruch mögen die Fakten zu Kenntnis genommen werden. Die rot-rote Landesregierung hat sich zum Oderbruch als „Siedlungs- und Wirtschaftsraum“ bekannt. Die Brandenburger mögen dieses Bekenntnis an den Taten messen. Die CDU hatte Gelegenheit, das Problem vernachlässigter Pflege des Gewässers erster Ordnung auf die politische Agenda zu setzen, bis 2009 war sie in Regierungsverantwortung. Offensichtlich hat sie es versäumt. Immerhin hat die seit 2009 amtierende linke Umweltministerin Anita Tack veranlasst, dass mehr als 13 Millionen Euro für die Beseitigung der seit Jahren versäumten Gewässerpflege und für ein verbessertes, automatisiertes Wassermanagement bereitgestellt werden. Weitere Mittel im Umfang von jährlich 1,3 Millionen Euro sind dem Gewässer- und Deichverband GEDO für die Gewässerunterhaltung zugesichert worden. Dies seien großzügige Investitionen, war auf der Januarsitzung des Landwirtschaftsausschusses des Kreistages Märkisch Oderland aus qualifiziertem, nichtbehördlichem Mund zu hören. Der CDU-Politiker Schütz aus Golzow weiß es offenbar besser. Er „bezweifelt, dass das Geld ausreicht“. Stichhaltige Argumente, die seine Zweifel begründen, werden im MOZ-Artikel nicht genannt. Seine kritische Feststellung, bisher wären „gerade einmal 20% der Vorhaben realisiert“, lässt auf Unkenntnis darüber schließen, was die zuständige Landesbehörde und der GEDO bisher geleistet haben. Der Landwirtschaftsausschuss, dem auch Abgeordnete und Sachkundige Einwohner der CDU angehören, sah keinen Grund zur Kritik am Stand der Arbeiten, über die die Anwesenden umfassend und zufrieden stellend informiert wurden. Herr Porath, Geschäftsführer der GEDO, schreibt in dem für die Abgeordneten des Kreistages Märkisch Oderland erarbeiteten Informationsmaterial „Vorhaben im Jahr 2012“: „Für die außerordentlich gute

Zusammenarbeit mit dem Kreistag und die intensive Unterstützung durch viele Abgeordnete, unabhängig ihrer Fraktionszugehörigkeit, möchte ich mich – nicht zuletzt im Namen des Verbandes – herzlich bedanken.“

Herr Küpper, der einstige Sonderbeauftragte für das Oderbruch, erläuterte den Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses des Kreistages auf seiner letzten Sitzung kurz und prägnant über die geleistete Arbeit und sprach offene Probleme an. Seine Abberufung mag bedauerlich sein und für Unverständnis gesorgt haben. Mögliche sachliche Gründe der Abberufung durch Minister Woitke, die die Leistungen von Herrn Küpper in keiner Weise in Frage stellen müssen, werden im MOZ-Artikel nicht hinterfragt. Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung des Ministers und damit der Landesregierung werden auf diese Weise genährt.

Ein sehr ernst zu nehmendes Problem ist die Wasserregulierung in den Ortschaften des Oderbruchs und die Finanzierung notwendiger Maßnahmen, worauf Herr Küpper in seinen Ausführungen vor dem Landwirtschaftsausschuss hinwies. Im MOZ-Artikel wird wiederum Zweifel am ernsthaften Willen der Landesregierung zur Lösung des Problems gestreut; dem Landwirt Herrn von der Marwitz, Bundes- und Kreistagsabgeordneter der CDU, muss man schließlich Glauben schenken. Herrn Schütz veranlasst dessen Äußerung zu der Feststellung, das Bekenntnis der Landesregierung zum Oderbruch seien „eben nur Worte“. Es drängt sich förmlich die Schlussfolgerung auf, die CDU hätte alles besser und vor allem schneller in Griff bekommen, wäre sie in Regierungsverantwortung. Bedauerlich nur, dass der zum Wort stehenden Partei die Ursachen für das Binnenhochwasser schon während ihrer Regierungszeit bekannten gewesen sein sollten und sie zum Handeln hätte bewegen müssen.

Die unabhängigen Gutachter kommen in ihren Ausführungen zu Schlussfolgerungen, die zu eine kritische Fragen provoziert: Wenn die Hauptkulturen längst geerntet sind, der Wasserentzug durch die im Herbst gesäten Kulturen gering ist und mit sinkenden Temperaturen die Verdunstung abnimmt, könnte nicht auch bei normalem Grundwasserstand auf dem sehr schlecht wasserdurchlässigen Aueboden ein Binnenhochwasser entstehen, wenn außergewöhnlich hohe Niederschläge fallen? Es würde bei einer solchen Situation sicher auch geraume Zeit vergehen, bis das Oberflächenwasser versickert und der Boden für den Landwirt wieder schadlos befahrbar wäre. Unbestritten ist, dass ein sehr hoher Grundwasserstand ein Versickern des Oberflächenwassers praktisch unmöglich macht.

Bleibt zu wünschen, dass der Grundwasserstand im Oderbruch möglichst bald ein normales Niveau erreicht, sich die Situation in den Ortschaften und auf den Feldern entspannt, damit unsere Mitbürger im Oderbruch wieder in Ruhe leben und arbeiten können. Zweifel an der Verlässlichkeit der für die Gewässer zuständigen Behörden und politischen Verantwortlichen zu nähren, um politisch zu punkten, ist da fehl am Platz. Zu ernst sind die Probleme im Oderbruch für politische Spielchen.